

1 Globalkapitalismus: Der Abgrund rückt näher

Die Wege und ökonomischen Techniken der Selbstzerstörung des Globalkapitalismus im Spiegel der Erkenntnisse aus der jüngsten Finanz- und Kapitalmarktkrise im Juli und August 2007

Von Andres Müller

Die ratlosen Politiker aus dem geschlossenen Zirkel der BRD-Nachkriegsparteien und ihre Berater aus Wissenschaft und Praxis bekommen die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit nicht in den Griff. Sie streiten über die Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung, über die Einkommensverluste aus Sozial- und Rentenreform, über die Arbeitszeitverlängerung und gleichzeitige Lohnkürzungen, über die Notwendigkeit von Mindestlöhnen, über ungerechtfertigt hohe Manager-Gehälter und Renditen.

Aber über die zentrale Ursache dieser Entwicklung reden sie nicht. Über die Globalisierung. Warum ist die Globalisierung für die Politik und die Schar ihrer ökonomischen Berater ein Tabu? Sie ist nicht gottgegeben! Sie ist Menschenwerk. Von jenen gemacht, die daraus ihre Vorteile ziehen.

Diese Analyse wird einige Hintergründe und Funktionsweisen der Globalisierung aufzeigen. Doch beginnen wir mit dem Phänomen selbst, der Globalisierung. Unter Globalisierung verstehe ich alle Entwicklungen und Prozesse, in der Politik, in der Wirtschaft, in der Kultur und im Sport, die das Denken, die Wertvorstellungen und die herkömmlichen Lebens- und Verhaltensweisen der Menschen absichtsvoll verändern mit dem Ziel,

- den einzelnen Menschen zu vermassen und
- die Selbständigkeit und Autonomie der Völker und Nationen aufzulösen.

Alle Globalisierungsprozesse dienen der Stärkung und Erweiterung der heute herrschenden imperialen, politischen Macht, das sind die USA. Sie ist mit den Inhabern der wirtschaftlichen Machtinstanzen in den Konzernzentralen (die residieren überwiegend auch in den USA) eine unheilige Allianz eingegangen.

Es gibt 2 ideologisch-politische Bewegungen, die eine Globalisierung anstreben, bzw. angestrebt haben: Kapitalismus und Kommunismus. Letzterer ist mit seinem Vorhaben nachhaltig gescheitert. Doch wie es um den Sieger des damaligen Konfliktes bestellt ist, den Kapitalismus, diese Frage versucht die nachfolgende Untersuchung zu beantworten.

2 Ökonomische Aspekte der Globalisierung

Werfen wir einen ersten Überblick auf die ökonomischen Auswirkungen der Globalisierung, so sehen wir: Die Globalisierung

- führt zur Schwächung starker Volkswirtschaften durch Immigration aus fremden Ländern, Kulturen und Kontinenten¹.
- hebt die Solidargemeinschaften der Nationen aus den Angeln;
- vernichtet Arbeitsplätze und erzeugt Arbeitslosigkeit;

¹ Diese Schwächung liegt im Interesse imperialen Vorherrschaftstrebens. Alle Imperien der Geschichte haben sich vergleichbarer Methoden bedient. Nur die Formen haben sich geändert. Aufkauf statt Demontage, Immigration statt Versklavung und Völkermord sind eine Erfindung der Neuzeit.

- erhöht weltweit die Profitraten und bringt deshalb allen Menschen, die ihr Einkommen aus ihrer Arbeitsleistung bestreiten, relative, aber auch absolute Verarmung;
- löst einen weltweiten Aufkauf von Unternehmen durch internationale Kapitalanleger aus, was zur Folge hat, daß
- nicht nur das Eigentum des Produktivvermögens an ausländische Eigentümer übertragen wird;
- auch die aus dem Eigentum resultierenden Gewinneinkommen fließen fremden Volkswirtschaften zu, ebenso die Steuern aus diesen Gewinneinkommen.

In der deutschen Wirtschaft finden sich besonders viele lohnende Objekte zum Aufkauf wegen des bislang noch hohen Standes von Wissenschaft und Technik und der hohen Qualität des Faktors Arbeit. Man kauft nicht nur das Objekt Unternehmen, man kauft ja auch die dort tätigen Arbeitskräfte.

Die von der neoliberalen Ideologie ausgelöste Privatisierungswelle ist ein Sonderfall der Eigentumsübertragung und Enteignung. Dabei wird das Eigentum an staatlichem Produktivvermögen und Immobilien nicht nur an private Haushalte übertragen – wie es die Ökonomie so schön lehrt und wie der Begriff „Privatisierung“ assoziieren soll. Eigentümer des Produktionsfaktors Boden und Kapital werden zumeist anonyme Großkapitalisten und Finanzspekulant, deren Herkunft auf wenige Länder beschränkt ist.

Diese, euphemistisch „Privatisierung“ genannten Enteignungen haben die gleichen volkswirtschaftlichen Auswirkungen wie die Aufkäufe deutscher Unternehmungen: Gewinneinkommen und Gewinnsteuern fließen ins Ausland. In der heimischen Wirtschaft bleibt der Faktor Arbeit zurück. Ein multikulturelles Konglomerat, das sich widerstandslos formen läßt. Am Ende eines fortwährenden Prozesses der Aufkäufe des Produktivvermögens durch das internationale Anlage- und Spekulationskapital muß konsequenter Weise die totale Proletarisierung aller Volkswirtschaften der Erde stehen.

Es geht also nicht nur um die Deutschen! Alle Menschen in allen Völkern werden in der Endstufe der Globalisierung in den Produktionsstätten arbeiten dürfen, die einer kleinen Schar von internationalen Kapitalisten gehören. Daß zu ihnen sicherlich auch eine kleine auserwählte Schar Deutscher gehören wird, kann die Sache nicht besser machen. Die Einkommen aller „Proletarier“ werden kontinuierlich an das Niveau der Regionen mit den weltweit niedrigsten Löhnen angepaßt, weil sonst das allseits volatile Kapital dorthin abzuwandern droht.

Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland haben keinerlei Einfluß auf die große Entwicklung des aufgezeigten Prozesses. Im Gegenteil, sie verhindern die zur Vollbeschäftigung notwendigen Investitionen und wirtschaftliches Wachstum im Inland und sind für die Arbeitslosigkeit mitverantwortlich. Das ist die Phase der doppelten Bedrängnis, welche die deutsche Volkswirtschaft seit dem Wiederaufleben des für tot geglaubten totalen Kapitalismus erlebt. Die Dominanz des anglo-amerikanischen Großkapitals hat im Verlauf der Globalisierung erheblich zugenommen.

Die EU erweist sich als Vollzugsorgan und Versuchslabor internationaler Kapitalinteressen, sie organisiert eine riesige regionale und internationale Einkommensumverteilung, von den ehemals reichen Volkswirtschaften (wie Deutschland) zu den armen und subventioniert auf diese Art und Weise die internationalen Kapitalanleger und Großverdiener.

Die internationalen Handels-, Währungs- und Finanzorganisationen (IWF, Weltbank, WTO) stehen im Dienste der ökonomischen und imperialen Weltmachtinteressen der USA, die sie nach 1945 ins Leben gerufen haben. Ihre vorrangige Aufgabe ist, die Macht, die sie schuf für alle Zukunft zu festigen. Alle anderen vorgeblichen Aufgaben, (Entwicklungshilfe, Menschenrechte, Demokratie etc.) auch wenn sie in den Satzungen und Statuten dieser sogenannten internationalen Organisationen festgelegt sind, sind blanke Makulatur.

3 Der Aufkauf deutschen Produktivvermögens durch internationale Kapitalanleger

und seine Bedeutung für die deutsche Volkswirtschaft

Vergleicht man im Diskussionsgespräch die maßlosen Unternehmungsaufkäufe in Deutschland mit dem Aufkauf von Rohstoff- und Energieressourcen in den Entwicklungs- oder Schwellenländern, so zeigt sich, daß der politisch interessierte Gesprächspartner im Falle der Ressourcenausbeutung eine ungebührliche Enteignung zu erkennen vermag und Verständnis dafür aufbringt, wenn sich die betroffenen Schwellenländer wehren und darauf drängen, ihre Ressourcen in eigener Regie zu nutzen und zu verwerten.

Den Aufkauf von Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen und den Aufkauf inländischer Immobilien in Deutschland nimmt diese Spezies des sich politisch emanzipiert wahnenden Beobachters aber gleichgültig hin. Eigentumsübertragung oder gar Enteignung vermag er darin nicht zu erkennen. Noch nicht. So lang er nicht selbst davon betroffen ist.

Über die vordergründigen Folgen der Unternehmungsaufkäufe kann man mit diesem politisch gebildeten Menschen durchaus reden. Diese sind:

Arbeitsplatzstreichungen, Entlassungen, steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Lohneinkommen, Einbruch der Sozialsysteme (die Rente ist sicher), Verarmung der arbeitenden Bevölkerung auf der einen Seite und steigende Renditen auf der anderen Seite.

Die hintergründigen Auswirkungen, über die die Medien nicht berichten, haben aber auf lange Sicht noch viel größere Bedeutung. Sie seien an dieser Stelle ausdrücklich genannt. Auf sie wird immer wieder verwiesen werden.

Mit dem Eigentum geht das Einkommen aus dem Produktivvermögen ins Ausland! Auch die auf das Gewinneinkommen entfallenden Steuern fließen (zumindest teilweise, abhängig vom jeweiligen bilateralen Steuerabkommen) anderen Staaten zu.

Technisches Wissen, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen, Patente und Lizenzen werden ins Ausland transferiert.

Die von den ehemals deutschen Unternehmen erschlossenen Märkte im In- und Ausland wechseln ebenso den Besitzer und gehen als Absatzmöglichkeit und Einkommensquelle verloren.

4 Die spektakulären Unternehmungsaufkäufe in der jüngsten deutschen Wirtschaftsgeschichte

4.1 Höchst AG

Einzelheiten dazu in „Globalisierung – Der Imperialismus im neuen Gewande“, von Hermann Patzak in: www.staatsbriefe.de, Archiv 2004.

Die Höchst AG in Frankfurt war neben der BASF AG in Ludwigshafen und der Bayer AG in Leverkusen das größte Chemieunternehmen in Deutschland.

Unter der Führung des Vorstandsvorsitzenden Jürgen Dormann, der 1994 auf diesen Posten gekommen war, wurde die Höchst AG aufgelöst. Seine Pharma-Sparte fusionierte mit der Rhone Poulenc SA zur Aventis AG mit Sitz in Straßburg.

Die restlichen Sparten des Chemie-Giganten wurden meistbietend auf dem internationalen Kapitalmarkt verschandelt. **Insgesamt wurden über 40 Sparten mit einem Umsatz von über 30 Mrd. DM verkauft**, die bekanntesten sind:

- (a) Kosmetiksparte – Schwarzkopf, Jade, Marbert,
- (b) Messer Griesheim
- (c) Dystar
- (d) Wacker Chemie
- (e) Clariant
- (f) Herberts (Lacke)
- (g) Trevira
- (h) Celanese (Chemie-Sparte)

Die Zerschlagung der Höchst AG kostete Zehntausende von Arbeitsplätzen, allein der Wert des Firmennamens „Höchst“ wurde von Markenfachleuten auf 5 Mrd. DM geschätzt.

Die Aventis AG wurde im Frühjahr 2004 von der französischen Sanofi AG aufgekauft. Die Regie bei diesem Übernahmespektakel übernahm der damalige Wirtschaftsminister Frankreichs, Nicolas Sarkozy. Er zitierte in einer Blitzorder die Vorstandsmitglieder beider Unternehmen zu sich. Nachdem noch am Tag davor das Aventis-Management ein Zusammengehen mit dem Schweizer Pharmakonzern Novartis proklamiert hatte, erklärten die Herren auf einmal kleinlaut das Zusammengehen mit der Sanofi-AG.

Die Größenverhältnisse dieses Deals verraten, daß hier die Maus die Katze gefressen hat.

	Aventis	Sanofi
Umsatz	20,6 Mrd €	7,4 Mrd €
Mitarbeiter	71.000	32.000

Die deutschen Politiker (allen voran der damalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement) tobten zwei Tage lang wegen der ungebührlichen Einmischung von Sarkozy in die Wirtschaft. Danach kehrte Ruhe ein. Sie hatten sich wieder mit ihrer Rolle als Hampelmänner in der europäischen Geschichte abgefunden.

4.2 Mannesmann AG

Einzelheiten dazu in „Globalisierung – Der Imperialismus im neuen Gewande“, von Hermann Patzak, in: www.staatsbriefe.de, Archiv 2004.

Im Herbst 1999 hatte die Mannesmann AG das britische Mobilfunkunternehmen Orange für 60 Mrd. DM aufgekauft und den Kauf mit eigenen Aktien bezahlt. Das war der Anfang vom Untergang.

Orange wurde dadurch der mit Abstand größte Mannesmann-Aktionär. Der Hongkong-Chinesen Hutchinson Whampoa und dessen geschäftsführender Statthalter für Europa, Canning Fok spielten dann bei der Übernahmeschlacht die entscheidende Rolle. Sie hatten ihr Spiel wahrscheinlich vorher mit Vodafone abgesprochen.

Der Mannesmann – Vorstandsvorsitzende Klaus Esser versuchte noch verzweifelt Hilfe bei dem französischen Konzern Vivendi. Doch der macht am Ende gemeinsame Sache mit Vodafone und erhielt zum Dank dafür das Handelsobjekt Orange.

Der Mannesmann – Konzern wurde für 360 Mrd. DM von Vodafone übernommen und filetiert. Bekannte Filetstücke davon sind heute die VDO-Sparte, die Siemens damals aufkaufte und jetzt (Juli 2007) an Continental für 11,4 Mrd. Euro weitergab, und Arcor, der lästigste aller Festnetzkonkurrenten der Deutschen Telekom.

Vodafone machte dem Deutschen Staat gegenüber später eine Wertminderung in Höhe von 40 Mrd. Euro steuermindernd geltend, weil der Unternehmenswert des Kaufobjektes Mannesmann zu hoch gewesen sei. Nach dem ersten Aufschrei der Empörung aus den Kreisen der BRD-Politik und Justiz hat man in den Medien nichts mehr über die Abwicklung der Sache erfahren.

4.3 Hypo-Vereinsbank

Sie war nach der Deutschen Bank die zweitgrößte deutsche Geschäftsbank. Im Sommer 2005 wurde sie von der italienischen Bank Unicredito übernommen. Für den Spottpreis von 15 Mrd. Euro. Der Vorstandsvorsitzende der HVB, Dieter Rampl, hat diese Verschleuderung volkswirtschaftlichen Produktivvermögens zu verantworten.

Kaum war die HVB in italienische Hände übergegangen, explodierten ihre Ertragszahlen: Bereits im Jahr 2005, in dem die HVB übernommen wurde, erhöhte sich der Gewinn um 137% auf 1.160 Mio. Euro. Im Jahr 2006 verbesserte die HVB ihre Eigenkapitalrendite nach Steuern auf 15,2 Prozent. Sie hatte damit profitabler als ihre Konkurrenten, die Commerzbank und Dresdner Bank, gearbeitet².

Gewinn 2004	489.451.477
Gewinn 2005	1.160.000.000
Gewinn 2006	2.260.000.000
Gewinn 2007, 1. HaJ.	2.089.000.000

Wie kann so etwas möglich sein? Ganz einfach:

Man brauchte nur die vorhandenen Vermögenswerte, insbesondere die Immobilien anders zu bewerten. Diese hatten die sog. Bilanzfachleute schlechter geredet und bewertet als sie in Wirklichkeit waren. Wie es um die Immobilienwerte in Deutschland in Wirklichkeit bestellt ist, verraten die internationalen Immobilienspekulanten (Terra Firma, Fortress, Cerberus, Blackstone etc.) Sie können seit Jahren gar nicht genug von dem scheinbar so wertlosen Plunder „deutsche Immobilien“ aufkaufen.

Alessandro Profumo, der Vorstandsvorsitzende der italienischen Unicredit, gab auch freimütig zu, daß der Übernahme-Deal sehr clever gewesen sei.³ Er sagte in einem

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.03.2006 Seite 20

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.03.2007 Seite 16

Interview mit der FAZ wörtlich: „Wir hatten damals im Gegensatz zu anderen erkannt, daß der deutsche Teil der HVB extrem unterbewertet war.“

Die deutschen Politiker hatten gegen die Überführung der HVB nach Mailand nichts einzuwenden. Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, der wenige Jahre zuvor die Fusion der HVB mit der Deutschen Bank vehement verhindert hatte, schwieg jetzt beharrlich. Vertreter aus der deutschen Wirtschaft begrüßten den Aufkauf ausdrücklich.

Dem Beobachter könnte sich die Frage aufdrängen, ob die HVB-Geschäftsführung das ihr anvertraute Vermögen nicht veruntreut hat? Durch falsche Bewertung! Oder gilt solche Veruntreuung nur für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich ihre interkontinentalen Sex-Abenteuer von ihrer Firma bezahlen lassen? Das geltende Recht schützt das Deutsche Volk offensichtlich nicht davor, daß sein Produktivvermögen – auch wenn es in Privateigentum ist – in verantwortungslos dummer Weise oder in abgekartetem Spiel auf Gegenseitigkeit verschleudert wird. Dem deutschen Gesetzgeber und der deutschen Justiz scheint dies kein Problem zu sein. Ob das die Deutschen auch so sehen? Oder sehen die auch allmählich, daß da mehr als nur Arbeitsplätze vernichtet werden? Im Falle der HVB waren es 4.200.

5 Die großen Aufkäufe deutscher Unternehmen in den letzten Jahren

Einen Überblick über die letzten großen Unternehmensaufkäufe in Deutschland geben die beiden nachstehenden Tabellen: Die größten Unternehmensaufkäufe in Deutschland im Jahr 2005

Kaufobjekt	Käufer	Land	Mio. Euro
Hypo-Vereinsbank	Unicredito	Italien	15.301
Viterra	Deutsche Annington	England	7.000
Hexal	Sandoz	Schweiz	5.000
Kabel Deutschland	Providence Equity Partners	USA	3.200
Ruhrgas/Industriegas	CVC Capital Partners	USA	1.500
Nileg Immobilienholding	Fortress Investment Group	USA	1.500
Telering Telecom Service	T-Mobile Austria	Österreich	1.300
Möller Holding	Doughty Hanson	England	1.100
BSN Medical	Montagu Private Equity	England	1.030
Formula one	CVC Capital Partners	England	1.000
Summe			37.931

Die größten Unternehmensaufkäufe in Deutschland im Jahr 2004

Kaufobjekt	Käufer	Land	Mio. Euro
Celanese	Blackstone	USA	3.568
Gagfah	Fortress Investment Group	USA	3.500
Messer Griesheim	L'Air Liquide	Frankreich	2.660
Dynamit Nobel	Rockwood (KKR)	USA	3.200
Thyssen Krupp Immob.	anglo amerik. Fonds	USA/England	2.100
Berlin Immobilien	Cerberus	USA	1.970
Grohe Armaturen	Fonds	Österreich	1.800
Summe			18.798

6 Die großen Unternehmen in Deutschland gehören gar nicht mehr den Deutschen

Die wenigsten wissen, daß die großen deutschen Unternehmen den Deutschen gar nicht mehr gehören, darunter die Großkonzerne Siemens, BASF oder Eon. Einen Überblick über die Eigenkapitalanteile in ausländischem Besitz verschafft die nachstehende

Tabelle. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2005 und seitdem dürften sich die Eigenkapitalanteile der Ausländer noch ein weiteres Mal erhöht haben.⁴

Unternehmen	ausländ.Aktionäre	Auslandsumsatz	ausländ.Mitarbeiter
Thyssen Krupp	20%	65%	50%
Deutsche Lufthansa	22%	70%	59%
Metro	33%	52%	44%
Volkswagen	33%	73%	48%
Deutsche Telekom	35%	44%	30%
Tui	35%	54%	72%
Linde	36%	79%	65%
RWE	36%	45%	43%
Deutsche Post	37%	50%	42%
Altana	40%	82%	55%
Bayer	40%	84%	58%
SAP	40%	79%	60%
BMW	43%	73%	25%
Fresenius Medical Care	45%	95%	94%
MAN	46%	74%	36%
Allianz	47%	68%	59%
DaimlerChrysler	49%	85%	52%
Münchner Rück	50%	54%	27%
Deutsche Bank	51%	70%	59%
Commerzbank	52%	25%	23%
BASF	53%	60%	43%
Eon	54%	63%	53%
Siemens	56%	79%	64%
Schering	59%	90%	64%
Adidas-Salomon	85%	90%	80%
Continental	90%	66%	61%
Deutsche Börse	90%		42%
HypoVereinsbank	94%		
Henkel		80%	80%
Infineon		80%	56%

7 Konkrete Fälle des Unternehmungsaufkaufes

Die Vorgehensweise der Anlagespekulanten und die Folgen der unkontrollierten Unternehmungsaufkäufe für die deutsche Volkswirtschaft.

7.1 Die Pro-Sieben Sat.-1 Affäre

Sechs amerikanische Finanzinvestoren haben im August 2003 gemeinsam mit Haim Saban die Sendergruppe Pro Sieben Sat. 1 aus der Konkursmasse von Leo Kirch zum Schnäppchenpreis von 525 Millionen Euro gekauft.

Der „New York Times“ verriet Saban ganz offen, daß er die Politiker in Deutschland regelrecht "weichgequatscht" habe, seinem Kauf zuzustimmen: "Dieses Maß an Besitz würde in den Vereinigten Staaten niemals gestattet", sagte er, "es wäre eine viel zu große Konzentration."

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.11.2005.

Im Dezember 2006 verkauften Haim Saban und seine Partner 50,5% der Aktien an die US-Finanzinvestoren Permira und KKR für 3 Mrd. Euro. Kurz zuvor hatten sie noch eine hohe Sonderdividende kassiert. Die Sender brachten bisher eine Rendite von 20% ein.

Für die Hälfte des eingesetzten Kapitals (Kaufpreis war 525 Mio. Euro) erhielten also die Verkäufer nach 3 Jahren 3.000 Mio. Euro. Ihr Einsatz hat sich mehr als verzehnfacht. Und die Verkäufer sind immer noch mit fast 50% Miteigentümer des Senders.

Danach, nach dem Aufkauf, begannen die Aufkäufer mit dem großen Reinemachen. Das Kaufobjekt wird jetzt (Sommer 2007) restrukturiert und rekapitalisiert:

Restrukturieren heißt im konkreten Fall, daß die Hälfte der Belegschaft entlassen und das Nachrichten- und Informationsprogramm auf nahe Null reduziert wird.

Rekapitalisieren heißt, daß die für den Aufkauf notwendigen Schulden dem Kaufobjekt übertragen werden, das sind erfahrungsgemäß 80% des Kaufpreises, also 2,4 Mrd. Euro. Im Jahr 2006 hat die Sendergruppe einen Vorsteuergewinn von 368 Mio. Dollar erzielt. Angenommen, die Schuldzinsen beliefen sich auf 10%, dann verbliebe bei unveränderten Ertragsverhältnissen nur noch ein Gewinn von 128 Mio. Euro. Was aber, wenn die Gewinne in Zukunft nicht mehr so üppig ausfallen und wenn die Zinsen steigen?

7.2 Die deutsche Müllentsorgung steht auf dem Speiseplan ausländischer Investoren

Im Dezember 2004 hatte das Bundeskartellamt den Verkauf des Entsorgungsunternehmens „Duales System Deutschland“ (DSD) erzwungen. Glücklicher Käufer war wieder einmal der berüchtigte US-Finanzinvestor Kohl Kravits Robertson (KKR). Es hatte sich herumgesprochen, daß man in Deutschland mit der Müllverwertung steigende Renditen erzielen würde.

Heute ist es wieder so weit. Es kommt zu Konsolidierungen und Konzentrationsprozessen. Den großen Müllentsorgungsunternehmen verbietet das Bundeskartellamt weitere Aufkäufe, also drängen weitere Ausländer auf diesen lukrativen Markt.

Momentan steht die Landbell AG mit Firmensitz in Mainz zum Verkauf an. Der französische Veolia-Konzern, der vor kurzem erst den zweitgrößten deutschen Entsorger „Sulo“ aufgekauft hat, interessiert sich für das Schnäppchen. Auch der spanische Baukonzern FCC hat bereits den Markt erkundet, ebenso einige russische Staatsunternehmen. Sie wittern ihre Gewinnchancen in Deutschland.

In anderen Ländern überlegt man krampfhaft, wie Übernahmen durch ausländische Investoren verhindert werden können und man hat sich viel einfallen lassen, um solche Übernahmen zu verhindern, wie die gescheiterte Übernahme des spanischen Energieversorgers Endesa durch Eon, den internationalen Konzern mit Standort Deutschland, gezeigt hat. In Deutschland erzwingt das Bundeskartellamt solche ausländische Übernahmen.

Dieses Amt ist so überflüssig wie ein Kropf. Der deutschen Volkswirtschaft würde großer Schaden erspart, wenn es diese anachronistische Einrichtung aus „St. Erhards Zeiten einer Sozialen Marktwirtschaft“ nicht mehr gäbe, denn es gibt ja auch keine Soziale Marktwirtschaft mehr in Deutschland. Medien und Öffentlichkeit schauen dem Treiben unbeteiligt zu.

In Deutschland aber ist das der ganz normale Wahnsinn.

7.3 Die Kabelnetzbetreiber in Deutschland

7.3.1 Die Eigentümer der Kabelnetze in Deutschland

Das Breitbandkabelnetz in Deutschland wurde ab Anfang der 1980er Jahre von der Deutschen Bundespost aufgebaut und betrieben. Aus der Post wurde zuerst die Telekom ausgegliedert, zu deren Geschäftsbereich das Breitbandnetz zunächst gehörte. Die Sparte Breitbandkabelnetze wurde Mitte der 90iger Jahre als „Gesellschaft Kabel Deutschland GmbH“ rechtlich verselbständigt mit dem Ziel, dieses Unternehmen zu privatisieren, d.h. meistbietend an internationale Kapitalanleger zu verkaufen.

Das Unternehmen mußte noch schnäppchengerecht zerlegt werden, es wurden 9 regionale Kabelgesellschaften gebildet. Die Abwicklung des Verkaufs übernahm der ehemals für das Telekommunikationsgeschäft der Bundespost verantwortliche Ministerialdirektor Dr. Franz Arnold.

Nach einem geradezu hysterischen Run, bei dem sich die internationalen Finanzinvestoren die Beute wechselseitig wieder abjagten, sind in Deutschland heute drei Kabelgesellschaften übrig geblieben. Es sind dies: Kabel Deutschland (KDG), Kabel BW (Baden-Württemberg) und Unity Media. Alle drei sind im Eigentum ausländischer Private Equity Investoren. Alle drei sind hoch verschuldet, wie das bei dieser Sorte von Eigentümern üblich ist.

KDG gehört zu 88% dem US Investor Providence Equity Partners.

Die Anteilseigner an der Unity Media GmbH sind sechs verschiedene Finanzinvestoren aus USA und England.

Eigentümer der Kabel BW ist der schwedische Finanzinvestor EQT, ein Tochterunternehmen der schwedischen Milliardärsfamilie Wallberg.

7.3.2 Das Eigenkapital der Kabelbetreiber und ihr Finanzgebaren

Bei Kabel BW (Baden-Württemberg) waren Ende 2006 die Schulden um 90 Mio. Euro größer als das Eigenkapital. Das nennt man Überschuldung oder Unterbilanz. In solchen Fällen muß eine Kapitalgesellschaft nach deutschem Recht eigentlich Konkurs anmelden. Doch die Kabel BW muß das anscheinend nicht. Die sagen, daß die Unterbilanz auf eine Vermögensunterbewertung zurückzuführen sei und weiter wörtlich „was wir bei Kabel BW machen, ist branchenübliches Vorgehen. Wir stellen sicher, daß nicht unnötig viel Eigenkapital im Unternehmen gebunden ist“, so ein Sprecher der Unternehmensleitung.

Die Heuschrecken dürfen also das deutsche Gesellschaftsrecht so auslegen, wie es ihnen in den Kram paßt. Kein Staatsanwalt erhebt Anklage? Keiner will sich die Finger verbrennen! Das Unternehmen ist eine GmbH&Co KG, also eine Kommanditgesellschaft, bei der der Komplementär (der auch mit seinem Privatvermögen vollhaftende Gesellschafter) die GmbH ist, und die haftet bekanntlich nur mit ihrem Stammkapital. Das ist die übliche Rechtsform der Private Equity Firmenjäger in Deutschland.

Auch wenn die deutsche Justiz die Augen verschließt, um die Vorgänge nicht zu sehen, sie wird die wirtschaftlichen Folgen dieser Geschäftspraktiken nicht verhindern können. Und die bahnen sich heute langsam ihren Weg.

Alle drei großen Betreiber des Überlandkabelnetzes haben ihre Aufkäufe mit einer unverantwortlich hohen Fremdkapitalquote finanziert. Branchenüblich waren in den letzten Jahren 75-85%. Ende 2006 hatte KDG Verbindlichkeiten von 3,8 Mrd. Euro,

Unity-Media 2,6 Mrd. Euro und Kabel BW 1,1 Mrd. Euro. Sie haben die Vorteile des Hebelwirkungseffektes weidlich ausgenutzt. Der funktioniert wie folgt:

7.3.3 Die Vorteile des Hebelwirkungseffektes

Wenn die Gesamtkapitalrentabilität einer Investition größer ist als die Fremdkapitalzinsen, dann kommt der die Fremdkapitalzinsen übersteigende Betrag dem Eigenkapital zugute und erhöht die Eigenkapitalrentabilität. Zwei konkrete Zahlenbeispiele sollen das veranschaulichen:

Fall 1 Für eine Investition in Höhe von 1000 wird 800 Eigenkapital eingesetzt, der Rest wird mit Fremdkapital zum Zinssatz von 10% finanziert.

	FK-Zinssatz	Zinslast
Investition	1.000	
Eigenkapital	800	
Fremdkapital	200	10%
Bruttogewinn	150	20
Nettogewinn	130	
EKR =	$\frac{130}{800}$	= 16%

Die Eigenkapitalrendite beträgt 16%.

Fall 2: Für eine Investition in Höhe von 1000 wird 200 Eigenkapital eingesetzt, der Rest wird mit Fremdkapital zum Zinssatz von 10% finanziert.

	FK-Zinssatz	Zinslast
Investition	1.000	
Eigenkapital	200	
Fremdkapital	800	10%
Bruttogewinn	150	80
Nettogewinn	70	
EKR =	$\frac{70}{200}$	= 35%

Jetzt errechnet sich eine Eigenkapitalrentabilität von 35%.

Diesen Hebelwirkungseffekt haben sich die Privat Equity Aufkäufer in den letzten Jahren zunutze gemacht. Sie haben ihre Aufkäufe zum weitaus überwiegenden Teil mit Fremdkapital finanziert und für ihr bißchen Eigenkapital eine hohe Rendite einkassiert. Sie haben die zum Kauf notwendigen Schulden sogar dem Kaufobjekt aufgelastet, das diese Schuldenlast dann zu tragen und abzuzahlen hatte.

Das Geschäft geht aber nur so lange gut, wie die Zinsen niedrig und die Ertragslage (Gesamtkapitalrentabilität) gut ist. Wenn sich die Zeiten ändern, dann erweist es sich, daß die Hebelwirkung auch negativ sein kann.

7.3.4 Die Gefahren des Hebelwirkungseffektes

Und die Zeiten haben sich geändert, die US-Hypothekenkrise hat mittlerweile auf alle Kreditmärkte übergreifen. Die Banken müssen ihre eigenen Verluste erst einmal wegstecken, sie haben weniger Geld für die Kreditvergabe übrig, die Zinsen steigen. Jetzt wird sich weisen, ob die hochverschuldeten deutschen Unternehmen in ausländischem Eigentum überleben können. Wie drastisch die Auswirkungen des negativen Hebelwirkungseffektes sein können, zeigen nachfolgende Zahlenbeispiele:

Wir lassen die Zinsen des Ausgangsbeispiels von 10% auf 15% steigen, während der Bruttogewinn von 150 auf 80 zurückgeht. Für die überwiegend mit Eigenkapital finanzierte Investition gibt sich dann folgende Entwicklung:

		FK-Zinssatz	Zinslast
Investition	1.000		
Eigenkapital	800		
Fremdkapital	200	15%	30
Bruttogewinn	80		
Nettogewinn	50		
EKR =	$\frac{50}{800}$	=	6%

Die Eigenkapitalrendite sinkt von 16 auf 6%, sie bleibt aber positiv.

Im Gegensatz zur Investitionsfinanzierung mit überwiegend Fremdkapital:

		FK-Zinssatz	Zinslast
Investition	1.000		
Eigenkapital	200		
Fremdkapital	800	15%	120
Bruttogewinn	80		
Nettogewinn	-40		
EKR =	$\frac{-40}{200}$	=	-20%

Das Unternehmen macht jetzt Verlust und erzielt eine negative Eigenkapitalrendite.

Ob und in welchem Ausmaß die in Deutschland aufgekauften Unternehmen von dem negativen Hebelwirkungseffekt erfaßt werden, wird sich zeigen. Es geht ja nicht nur um die drei Kabelnetzbetreiber. Jedenfalls kann die momentan auf die Kredit- und Finanzmärkte beschränkte Krise auf diesem Weg sehr schnell zu einer realen Wirtschaftskrise mutieren.

Wenn die in Deutschland aufgekauften Unternehmen unter der Last der Schulden zusammenbrechen sollten, dann haben die ausländischen Eigentümer den geringsten Schaden dabei zu fürchten. Sie haften ja nur beschränkt – in Höhe der GmbH-Einlage – das sind 25.000 Euro. Der Betrag steht in keinem Verhältnis zu den Renditen, die sie in den vorangegangenen Blütejahren der Spekulation eingesackt haben.

Doch genau diese Situation sollte der Anlaß sein, über die Eigentums- und Produktionsverhältnisse und über grundlegende Änderungen der Wirtschaftsordnung in unserem Staat nachzudenken.

8 Verlorene Renditen aus Immobilienverkäufen

Bei den Immobilienverkäufen handelt es sich meist um Privatisierungen aus staatlichem und kommunalem Eigentum. Die Aufkäufer sind wieder die bekannten internationalen Finanzinvestoren.

8.1 Ein Überblick

Wohnungsverkäufe in Deutschland

Verkäufer	Käufer	Wohnungen	Kaufpreis
Viterra (Eon)	Deutsche Annington	138.000	
Gagfah (BFA)	Fortress	82.000	
GSW (Berlin)	Cerberus	66.000	
Thyssen Krupp	Morgan Stanley	48.000	
Woba (Dresden)	Fortress	48.000	1.700.000.000
Thyssen Krupp	FDL (Frankreich)	40.000	
WCM Immobilien	Blackstone	31.000	
Nileg (Nord LB)	Fortress	29.000	
Baubecon (Gewerkschaft)	Cerberus	23.000	

Deutsche Annington	Verkäufer	Jahr	Wohnungszahl	Kaufpreis
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content;"> Eigentum des Private Equity Unternehmens Terra Firma Capital Partners (England) </div>	Deutsche Bahn AG	2001	65.000	
	Heimbau AG Kiel	2003	10.000	
	RWE	2004	4.500	255.000.000
	Viterra AG (Eon)	2005	152.000	7.000.000.000

Deutsche Annington	(im Besitz von Terra - GB)
	Mrd. Euro
Kauft von EON	7
Fremdkapital	5,4
EK	1,6 22,86%

8.2 Zwei konkrete Fälle der Immobilienverschleuderung

8.2.1 Der Fall Cerberus – Babecon

Einer der ganz großen US-Finanzinvestoren heißt Cerberus (Höllenhund) mit Firmensitz in USA. In Deutschland kauft und verkauft er Immobilien. Welche Gewinne er dabei abzockt, zeigt nachfolgendes Beispiel:

Anfang 2006 hat dieser sogenannte Finanzinvestor die einstigen Gewerkschaftswohnungen namens Baubecon aufgekauft. Jetzt verkaufte Cerberus seine Beute weiter.

Es handelt sich um 27.000 Wohnungen. Die Deutsche Bank erwirbt 60% des Bestandes, der Rest geht an die italienische Immobiliengesellschaft Pirelli Re. Die besitzt schon die norddeutsche Wohnungsgesellschaft DGAG. Der Wiederverkauf von Baubecon bringt 1,7 Mrd. Euro.

Vor eineinhalb Jahren hatte Cerberus 1 Mrd. Euro dafür bezahlt. Vernachlässigt man den Gewinn, den Cerberus wahrscheinlich in den eineinhalb Jahren des Besitzstandes erzielt hat, dann betrüge der Nettogewinn aus dem Kauf und Wiederverkauf also 700 Mio. Euro. Bei einem Einsatz von 1 Mrd. Euro wäre das also eine Rendite von 70%. Nicht schlecht, kann man dazu nur sagen. Doch in Wirklichkeit ist die Rendite noch bedeutend höher.

Die Finanzinvestoren kaufen ihre Objekte nämlich mit einer hohen Fremdkapitalquote auf. Die FAZ berichtete, bei den Immobilienaufkäufen seien das in der Regel 90% und der Eigenkapitalanteil also nur 10%.⁵

Unterstellt man, daß Cerberus für den Aufkauf eine doppelt so hohe Eigenkapitalquote eingesetzt hatte, also ein Eigenkapital in Höhe von 200 Mio. Euro, dann errechnet sich für diesen sogenannten Finanzinvestor also eine Rendite von:

$\text{Gewinn/Eigenkapital} = 700/200 = 350\%$, rechnete man mit der von der FAZ als wahrscheinlich angenommenen Eigenkapitalquote von 10%, betrüge die Rendite gar 700%!

Mit solchen Renditen läßt sich dann weiter gut auf Einkauf gehen – weltweit und in Deutschland. So gehen Gewinne und Vermögen aus Deutschland Schritt für Schritt über den großen Teich! Wer nun sagt, 60% der ehemaligen Gewerkschaftswohnungen habe doch die Deutsche Bank aufgekauft, dem muß entgegengehalten werden, daß die Deutsche Bank bereits im Jahr 2005 mit 51% im Besitz von Ausländern war. Mittlerweile dürfte deren Eigentumsanteil noch erheblich gestiegen sein.

Über diese fortschreitende Enteignung, Übertragung deutschen Vermögens in die Hände ausländischer Kapitalanleger, regt sich kein Politiker in Deutschland auf. Dabei werden die Kapitalhaie, die seit über einem Jahrzehnt solche Geschäfte in Deutschland abwickeln, von ihren heimischen Regierungen zu diesem Zwecke auch noch subventioniert. Für ihre Spekulationsgewinne zahlen sie nur 10% Einkommensteuer und sogar noch weniger, wenn sie es steuerlich geschickt anstellen. In USA und England beginnt man sich in den niederen Einkommensschichten darüber aufzuregen. Die einfachen Leute! Aber ihre Regierungen sehen dem Treiben seit eh und je wohlwollend zu. Schließlich verdienen die anglo-amerikanischen Kapitalisten diese Gewinne im Ausland, das erhöht das Volkseinkommen und auch die Steuern (ein wenig). Und wenn das Gewinneinkommen dann noch gar im Inland wieder ausgegeben würde, in den Heimatländern der Kapitalspekulanten, dann führt es gar noch zu Beschäftigungssteigerungen, Einkommens- und Wirtschaftswachstum.

Auch die deutschen Politiker und die deutsche Regierung schauen den Aufkauforgien in Deutschland seit langem untätig zu. Ob Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder Schwarz-Rot. Die Verantwortlichen, die geschworen haben, das Wohl des Deutschen Volkes zu mehren, tun es nicht. Keiner hat sich darüber aufgeregt, daß unser Produktivvermögen an zu diesem Zweck subventionierte ausländische Kapitalspekulanten überführt wird. Keiner!

Doch, einer hat sich jetzt doch aufgeregt: Roland Koch, Hessens CDU-Ministerpräsident. Der wird von der Sorge geschüttelt, daß chinesische und russische Staatsunternehmen sich an den Aufkauforgien unserer Produktionsstätten beteiligen könnten. Und die Bundeskanzlerin hat seine Anregung aufgegriffen, sie hat sich für eine europäische Lösung zum Schutz wichtiger Schlüsselindustrien vor ausländischen Staatsunternehmen ausgesprochen. Die Idee für dieses Vorpreschen hat man den beiden wahrscheinlich

⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.07.2007 Seite 13

anlässlich ihrer vielen USA-Besuche eingeflüstert. Vergleicht man die Aufkäufe der Chinesen und Russen allerdings mit jenen unserer Freunde aus der anglo-amerikanischen Wertegemeinschaft, so waren deren Aktivitäten bisher von sehr beschränktem Ausmaß. Die Chinesen waren Ende 2006 mit Investitionen in Höhe von 190 Mio. Euro in Deutschland engagiert, das entspricht weniger als einem halben Promille aller ausländischen Investitionen. Bei den Russen waren es 1 Mrd. Euro, womit sie in der Liste der Schwellenländer (Südkorea, Südafrika und Iran) gerade einmal an vierter Stelle liegen.

8.2.2 Immobilienverkauf der Stadt Zwickau

Die sächsische Stadt Zwickau verkaufte kürzlich rund 3000 Wohnungen aus kommunalem Eigentum an den Immobilienkonzern Gagfah. Der Kaufpreis beträgt 95,5 Millionen Euro. Er ist 11,7 mal so hoch wie die jährlichen Netto-Mieteinnahmen berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung⁶. Diese haben demnach also 8.162.393 Euro betragen.

Daraus errechnet sich eine Nettorendite, gemessen am Verkaufspreis, von 8,55%. Das ist nicht wenig. Aber in Wirklichkeit ist sie noch viel höher, denn die Stadt Zwickau müßte zur Berechnung ihrer Rendite die Herstellkosten bzw. den eigenen Kaufpreis für die Immobilien verwenden. Die sind natürlich wesentlich niedriger als der jetzt erzielte Verkaufspreis. Entsprechend höher ist die Rendite, auf die man in Zwickau in Zukunft verzichten muß.

Die sogenannte Privatisierung städtischer Immobilien wirft zwei Fragen auf:

Wie ist es möglich, daß das Immobilienunternehmen Gagfah⁷ mit der Rendite von 8,55% zufrieden ist, die Stadtväter von Zwickau aber mit der sehr viel höheren Rendite nicht?

Im übrigen, waren diese städtischen Immobilien nicht einmal Volkseigentum? Sind die vom Volk gewählten Stadtväter und ihr Oberbürgermeister eigentlich befugt, das Eigentum des Volkes an internationale Immobilienspekulanten zu verkaufen, ohne das Volk vorher zu befragen?

Die Stadtverordneten von Zwickau haben ökonomisch dumm und verantwortungslos gehandelt. Es wäre allmählich Zeit, diese Spezies von Volksvertretern für ihr Tun zur Rechenschaft zu ziehen.

9 Engagement deutscher Unternehmen im Ausland

9.1 Ein Überblick

Ein unvollständiger Überblick über ein trauriges Kapitel:

BMW – Rover	13 Mrd. DM Verlust
Daimler – Chrysler	40 – 60 Mrd. Euro Verlust
Daimler – Nissan	3 –6 Mrd. Euro Verlust
Adidas – Reebok (USA)	Verluste in Millionenhöhe

⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.07.2007 Seite 10.

⁷ Die GAGFAH wurde am 14. August 1918 als GAGFAH Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten von Angestelltenverbänden in Berlin gegründet. Im Juli 2004 verkaufte die damalige Bundesversicherungsanstalt für Angestellte ihre in der GAGFAH gebündelten 81.000 Wohnungen an 147 Standorten in Deutschland, davon allein rund 24.000 in Berlin, im Rahmen einer Privatisierung an die US-amerikanische Firma Fortress für rund 3,5 Milliarden Euro.

Mannesmann – Orange	Zerschlagung von Mannesmann
Deutsche Post – USA	Verluste in dreistelliger Millionenhöhe

9.2 Der Fall IKB, Industriekreditbank für den Mittelstand

9.2.1 Der Sachverhalt

Am 30. Juli wurde bekannt, daß die Düsseldorfer Mittelstandsbank IKB in den Strudel der nordamerikanischen Hypothekenmarktkrise geraten war. Sie hatte in den USA eine sogenannte Zweckgesellschaft, die Rhineland Funding Capital gegründet, die den Zweck hatte, die von US-Hypothekenbanken verbrieften Hypotheken aufzukaufen, um sie in kurzfristige Wertpapiere umzuwandeln. Die IKB ist mit insgesamt 21,5 Mrd. Euro in dieses Geschäft verstrickt, wie sich später herausstellte. In welchem Ausmaß die IKB in der Vergangenheit Profit aus dem Geschäft schlagen konnte, wurde nicht bekannt. Das Geschäft heißt Fristentransformationsgeschäft. Langfristige Hypothekenkredite werden in kurzfristige Schuldscheine umgewandelt. Wie das funktioniert und welche Gewinne dabei anfallen können, wird gleich noch aufgezeigt.

Der Präsident der deutschen Bankaufsichtsbehörde „Bafin“, Jochen Sanio, befürchtete, daß dem deutschen Bankensystem die größte Bankenkrise seit 1931 drohe. Er trommelte über Nacht die Vorstände der deutschen Großbanken und den Finanzminister zusammen, um die Krise abzuwenden. Was war geschehen?

9.2.2 Die Funktionsweise des Fristentransformationsgeschäftes

Die Zweckgesellschaft („Conduit“) Rhineland Funding Capital ist ein Konstrukt, das auf der Basis von 500 Dollar Eigenkapital arbeitet. Es hatte trotz dieser Größenordnung (500 Dollar Eigenkapital) Ende Mai US-Hypothekenkredite in Höhe von 13 Mrd. Euro aufgekauft. Solche verbrieften Hypothekenkredite nennt man ABS (aktivabgesicherte Anleihen, auf englisch: Asset Backed Securities). Die verloren zusehends an Wert, infolge der US-Hypothekenkrise. Das Geld zur Bezahlung der 13 Mrd. hat sich das sogenannte Zweckunternehmen Rhineland Funding Capital immer dadurch verschafft, daß es kurzfristige Wertpapiere kreierte und verkaufte. Solche kurzfristigen Wertpapiere nennt man in USA Commercial Papers. Die Rhineland Funding Capital hat also mit ihren Wertpapieren Geld geschaffen, mit dem sie auf Einkaufstour ging. Das war in der Zeit des US-Bau-Booms und der Bau- und Mietpreissteigerungen gut gegangen. Doch auf einmal funktionierte es nicht mehr. Die Preise stiegen nicht mehr, sondern sanken und die Hypotheken hatten einen höheren Wert als der ihnen zugrundeliegende Vermögenswert. Notverkäufe führten zu weiteren Preissenkungen, aber aus dem Erlös konnte man nicht einmal die Hypothek bezahlen, die ja höher war als der Verkaufserlös. Auf diesem Markt hatte sich die IKB (und nahezu alle deutschen Banken) engagiert und konnte nicht mehr aussteigen.

Das Problem der Rhineland Funding Capital bestand darin, daß sie ihre kurzfristigen Wertpapiere nach einer Laufzeit von 30-60 Tagen zurücknehmen und zurückbezahlen mußte, um sie durch erneute Herausgabe wiederum kurzfristiger Papiere zu ersetzen. In den frühen 1950iger Jahren wurde für dieses System der Ausdruck Revolving-System geprägt. Der bekannte deutsche Nachkriegsfinanzier Rudolf Münemann hatte dieses System schon in den 1920iger Jahren erfunden. Er jonglierte einige Zeitlang erfolgreich damit, bis es auch ihn Ende der 50iger Jahre erwischte. So wie jetzt die Rhineland Funding Capital. Infolge der US-Hypothekenkrise wollte keiner mehr die verbrieften,

selbst gemachten Wertpapiere des Finanzunternehmens kaufen, weshalb der Rhineland Funding Capital das Geld fehlte, die aufgekauften langfristigen Kredite in Höhe von 13 Mrd. Euro zu bezahlen. Sie mußte auf die Bürgschaft der deutschen Mittelstandsbank zurückgreifen. Aber auch die war mit 8 Mrd. Euro überfordert. Sie verfügt selbst nur über ein Eigenkapital von 4 Mrd. Euro.

9.2.3 Das Fristentransaktionsgeschäft verletzt die bewährten alten Finanzierungsgrundsätze

Die IKB hat mit ihrer Rhineland Funding Capital den alten **Finanzierungsgrundsatz verletzt, daß langfristige Anlagen langfristig zu finanzieren** sind. Der wurde früher einmal an den deutschen Universitäten und Hochschulen gelehrt. Es gehörte auch zum Grundwissen jedes Bilanzbuchhalters. In Zeiten der Globalisierung scheint er nicht mehr zu gelten.

Natürlich müßte als erstes die Frage gestellt werden, wie eine deutsche Mittelstandsbank dazu kommt, sich an der zweifelhaften Geldschöpfungspraxis in USA zu beteiligen. Wäre es nicht die erste Aufgabe einer Deutschen Bank, die sich auch noch dazu den Namen „Mittelstandsbank“ gibt, den deutschen Mittelstand mit Krediten zu versorgen? Ganz offensichtlich konnte aber die IKB am deutschen Mittelstand nicht so viel verdienen wie bei der Geld- und Kreditschöpfungstransaktion in USA. Das ist das Gesetz des Globalkapitalismus. Das Geld strömt dorthin, wo die Rendite am größten, auch wenn es dort, wo es abgezogen wird, immense volkswirtschaftliche Schäden anrichtet.

Die Frage, die eigentlich gestellt werden müßte, wurde in Deutschland nicht gestellt. Die Selbstzensur in Politik und Medien wirkt perfekt.

9.2.4 Wie entstehen die maßlos hohen Renditen bei der Fristentransformation von Krediten?

Wie und in welcher Höhe bei der Fristentransformation Renditen entstehen, soll nachfolgendes Zahlenbeispiel veranschaulichen. Die Höhe der Zinsen in dem Beispiel mußte willkürlich gewählt werden. Es kommt aber nicht auf die effektiven Zahlen an, sondern auf das Verhältnis zwischen lang- und kurzfristigen Zinsen. Und das gilt allgemein, unabhängig von der effektiven Zinshöhe:

Wer sein Geld kurzfristig anlegt, bekommt dafür weniger Zinsen als bei langfristiger Anlage. Und aus diesem Verhältnis schlugen die US-Finanzjongleure riesige Profite nach folgendem Muster:

Die Rendite aus der Fristentransformation durch die Rhineland Funding Capital:

Zweckgesellschaft	Kreditkauf	Zinssatz	Wertpapverk.	Zinssatz
Rhineland Funding Capital	13.000.000.000	6%	13.000.000.000	-4%
Zinsen	780.000.000		-520.000.000	
Zinsgewinn		260.000.000		
Eigenkapital		500		
EKR		52000000%		

Das sogenannte Zweckunternehmen Rhineland kauft also verbriefte Kredite für 13 Mrd. Euro und kassiert dafür die (angenommen) 6% Zinsen. Das Geld dafür bekommt es aus dem Verkauf eigener Wertpapiere in Höhe von 13 Mrd. Euro. Den Käufern der kurzfristigen Wertpapiere zahlt das Zweckunternehmen (angenommen) 4% Zinsen. Das Fristentransaktionsgeschäft generiert im Zahlenbeispiel einen Gewinn von 260 Mio. Euro.

Natürlich ist die auf das Eigenkapital von 500 Dollar bezogene Rendite in Höhe von 52 Mio. Prozent völlig illusorisch, denn die IKB hat natürlich zur Geschäftsabwicklung mehr als die 500 Dollar einsetzen müssen. Die Höhe dieses Einsatzes wird in der Öffentlichkeit selbstverständlich nicht bekannt. Die Höhe der Eigenkapitalrenditen der großen Investment Banken lassen aber erahnen, in welchen Dimensionen sie sich bewegen wird. Die der Deutschen Bank ist im letzten Jahr bekanntlich auf 40% angewachsen.

Diesen Einblick gewährt man dem thumben Deutschen nicht, genau so wenig wie das Recht, über die EU-Verfassung abzustimmen. Wer hat da Angst vor wem? Die großen Macher der Politik und ihre Handlanger in den Medien vor dem Souverän? Der darf gleichwohl die Folgen der unmäßigen Spekulation deutscher „Finanzdienstleister“ ausbaden, wenn sich die Geldmarktkrise ausweiten sollte. Jetzt schon, bei den IKB-Verlusten, darf die KfW – die Staatsbank, also der Steuerzahler – den größten Teil des Verlustes stemmen. Er darf die Steuern aufbringen – über die Verwendung entscheiden immer die in jeglicher Hinsicht „kompetenten Politiker“ aus der Elite des Parteienkartells.

9.2.5 Wer trägt die Verluste aus den Spekulationsgeschäften?

Die IKB war natürlich nicht die einzige deutsche Bank, die an der Fristentransformation in USA verdienen wollte. Ihr Verlust aus dem Geschäft wird momentan auf 3,5 Mrd. Euro geschätzt. Eine ganze Reihe großer europäischer Banken mußte einräumen, in die US-Hypothekenverluste verstrickt zu sein, ihre Liste wird täglich länger: UBS (Schweiz), Paribas (Frankreich), Santander (Spanien), RBS (Royal Bank of Scotland). Sie alle müssen jetzt Verluste in Milliardenhöhe wegstecken.

Auch die Liste der involvierten deutschen Banken wird täglich länger. Zu ihnen gehören die Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Hypo Real Estate, Deutsche Postbank, Depfa Bank, Aareal, IKB, WestLB, BayernLB, SachsenLB, DZ-Bank, WGZ-Bank. Sie geben das Engagement jetzt zu, verschweigen aber zum Teil dessen Höhe. Die einen reden ihre erwarteten Verluste klein (Commerzbank 80 Mio., Dresdner Bank 70 Mio., Deutsche Postbank 33 Mio. Euro), die übrigen behaupten gar, daß sie keine Verluste erwarten, die Deutsche Bank gibt überhaupt keine Auskunft, ob und wie tief sie beteiligt ist. Die deutsche Bankaufsichtsbehörde Bafin läßt sich das offensichtlich gefallen. Sie streitet einstweilen mit der Deutschen Bundesbank darüber, wer eigentlich die Aufsicht über die Geschäftsbanken in Deutschland hat.

Medien, Politik, Banken und die staatlichen Aufsichtsbehörden sind offensichtlich übereingekommen, die Entwicklungen so lange zu verschweigen, wie das möglich ist und das Ausmaß der drohenden Verluste herunterzureden, wo man nicht umhin kann, sie einzugestehen. Dieses Verhaltensmuster hat der Vorstandsvorsitzende der Eurohypo (Tochter der Commerzbank), Bernd Knobloch, in vollendeter Form an den Tag gelegt.

Er sagte, daß die Korrekturen (Verluste) eine heilsame Wirkung haben werden und „wir wieder bessere Margen erzielen können als in den vergangenen 18 Monaten⁸.“ Das Verlustrisiko aus den schlecht gesicherten US-Hypotheken in Höhe von 850 Millionen Euro schätzt Herr Knobloch auf 30-40 Mio. Im Vergleich zur IKB, wo die Verluste auf dem gleichen Geschäftsfeld mit mehr als 16% taxiert werden, sind das nur 3,5 – 5%. Doch die größte Chuzpe bewies Herr Knobloch mit seiner Erklärung, wie er diese

⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.08.2007 Seite 14.

(geringen) Verluste ausgleichen möchte. Seine Lösung: Durch den Verkauf von Immobilien. Man wird davon ausgehen können, daß er deutsche Immobilien meint. Oder hat die Eurohypo in USA nicht nur miese Hypotheken, sondern auch hochwertige Immobilien aufgekauft? Das kann er nicht gemeint haben, denn die dortigen Immobilien lassen sich ja nur mit Verlusten verkaufen. Gehen wir davon aus, daß Herr Knobloch deutsche Immobilien verkaufen will und wird. Dann stellt sich die nächste Frage. An wen? Wer kauft in Deutschland seit Jahren Immobilien in Milliardenhöhe auf?

Es sind in erster Linie angloamerikanische Finanzinvestoren. Womit der volkswirtschaftliche Kreislauf wieder geschlossen wäre: Eine deutsche Bank spekuliert in USA, statt in Deutschland den deutschen Betrieben die Finanzierung der notwendigen Geschäfte zu ermöglichen. Statt der erhofften Gewinne kassieren die deutschen Spekulanten Verluste in Millionenhöhe. Sie beteiligen sich also an den Verlusten in USA und gleichen diese dadurch aus, daß sie Immobilien in Deutschland verkaufen. Perfekter kann die Eigentumsübertragung deutschen Vermögens an das angloamerikanische Großkapital gar nicht organisiert werden.

Fast unmerklich sind wir von der Analyse der betriebswirtschaftlichen Kausalzusammenhänge zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen gelangt. Auf sie soll zusammenfassend noch ein wenig näher eingegangen werden.

10 Volkswirtschaftliche Erkenntnisse und Schlußfolgerungen

10.1 Die Auswirkungen auf das Weltwährungs- und das Weltwirtschaftssystem

Unternehmungsaufkäufe und Privatisierungen, bei denen ausländische Kapitalanleger Eigentümer werden und auf der anderen Seite die abenteuerlichen und verlustreichen Finanzgeschäfte deutscher Mächtigen-Global-Player sind eingebettet in ein Welthandels- und Weltwährungssystem, das die US-Administration nach 1945 diktiert hat. Der Dollar ist darin die Leitwährung, mit der weltweit bezahlt wird. Der Dollarwert aber fällt seit Jahren stetig, weil die Dollarmenge auf dem Weltmarkt schneller steigt als die Nachfrage nach der Leitwährung. Das hat seine Ursachen:

Die Amerikaner leben seit Jahren weit über ihre Verhältnisse, ihre Sparquote ist negativ, sie konsumieren mehr als sie selbst produzieren. Haushalt und Leistungsbilanz sind seit Jahren negativ. Die imperialen Kriege verschlingen mehr, als die Volkswirtschaft hergibt.

Die Notenbanken in der ganzen Welt haben damit begonnen, ihre Währungsreserven umzuschichten. Sie tauschen ihre Dollarvorräte gegen andere Währungen ein, die ihnen sicherer erscheinen.

Auch die großen Versicherungsgesellschaften in USA, die ein Vermögen von 21 Bio. Dollar verwalten, kaufen verstärkt ausländische Wertpapiere.

Die Abwertung des Dollar konnte auch deshalb in geordneten Bahnen verlaufen, weil die Exportüberschußländer ihre Gewinne wieder in den USA anlegten. Der US-Kapitalmarkt hat bisher immer wieder neue Anlageobjekte erfunden. Man ist innovativ und bietet den Finanzspekulanten (Investoren aus der ganzen Welt) Anlagemöglichkeiten, die es sonst nirgendwo gibt. Auch die Deutschen „Finanzinvestoren“ haben ihr Geld lieber in diesen neuen Geschäften angelegt als es der deutschen Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, weil sie sich in den US-Geschäften eine höhere Rendite versprochen. Die „Mittelstandsbank“

IKB steht für viele. Welche Folgen das für die deutsche Volkswirtschaft und die Deutschen hat, interessiert den privatkapitalistischen Manager heutzutage überhaupt nicht. Solche Typen braucht die Globalisierung! Und es gibt sie zuhauf heutzutage.

Renditegier, Spekulationstrieb und Zockermentalität waren die unsichtbare Hand, die das Kapital fehl lenkten – weg vom heimischen Markt für Realinvestitionen – hin zu einer höheren Rendite aus Finanztransaktionen (Gewinne aus der Fristentransformation)! Jetzt ist das Kapital, das in Deutschland einmal erarbeitet worden ist, das wir auch notwendig bräuchten, sogar vernichtet worden. Doppelter Schaden ist entstanden.

So sind die Geschäftsbanken in aller Welt in den Strudel der Spekulationsverluste auf dem US-Hypothekenmarkt hineingezogen worden.

Jetzt sind alle Zentralbanken der Welt bemüht, den in die US-Verluste verstrickten Banken zusätzliches Geld zur Verfügung zu stellen, um eine Ausweitung der Krise zu einer realen Wirtschaftskrise zu verhindern. Die globale Vernetzung der Finanzmärkte und die maßlose Gier der Renditesteigerung, die ja ebenfalls eine Folge der Globalisierung ist (zumindest in Deutschland gab es sie zuvor nicht in diesem Ausmaß), zeigen ihre negativen Folgen.

Sollten die technischen Möglichkeiten der modernen Geldpolitik dieses Mal noch ausreichen, ein Überspringen von der Banken- und Geldkrise auf die reale Wirtschaftsentwicklung zu verhindern, dann wird die US-Politik danach wieder von vorne beginnen. Sie wird neue Spekulationsmöglichkeiten einrichten, um die Kapitalströme weiter anzulocken.

Das sollten sich die Ökonomen – sofern sie noch Nationalökonomien sind – sehr genau merken. Die Lehre ist: Der privatwirtschaftliche Vorteile hoher Renditen aus Spekulationsgeschäften in den USA gereicht einer Volkswirtschaft, die das Kapital dringend für reale Investitionen benötigte, in jedem Fall zum Nachteil. Und zwar auch dann, wenn das Geld bei der Finanzspekulation nicht verloren ginge.

10.2 Wir brauchen wirkliche Reformen, die Systemfrage muß gestellt werden

Das deutsche Kapital ist nicht dorthin geflossen, wo durch Produktion von Gütern und Leistungen eine erkleckliche Rendite hätte erzielt werden können. Das wäre die deutsche Volkswirtschaft gewesen, sondern dorthin, wo reine Finanztransaktionen eine noch viel höhere Rendite abgeworfen haben. Die „unsichtbare Hand“ des Adam Smith, die angeblich die bestmögliche Güterversorgung gewährleistet, hat den Marktteilnehmern (Finanzspekulanten) zwar hohe Renditen eingebracht, aber sie haben das Geld nicht den Produzenten von realen Güter- und Sachleistungen in Deutschland zur Verfügung gestellt. Das wäre dem Volk zugute gekommen.

Unabhängig davon, ob aus dieser Fehllenkung auf den Finanzmärkten eine Wirtschaftskrise entsteht, muß sich spätestens jetzt die Erkenntnis bei der verantwortlichen Politik einstellen, daß der Staat dem Marktgeschehen nicht bedingungslos freien Lauf lassen darf. Ein Unternehmen, das seine Gelder zur Finanzspekulation in fremde Länder und Erdteile fließen läßt, anstatt sie im Inland produktiv anzulegen, handelt asozial! Wenn den Geschäftsführern in den deutschen Unternehmungen diese Einsicht verwehrt sein sollte, weil sie kraft Bildung und (BRD-) Erziehung die Sicht aus der Mäuseperspektive nicht verlassen können, dann muß der Staat eingreifen, um seine Bürger zu schützen. Schützen vor den marktradikalen Managern und den dahinterstehenden (internationalen) Kapitaleignern. Dazu bedürfte es

allerdings fähiger Staatsmänner, die anderen Kalibers sind als die Parteikader der BRD-Parteien heute stellen.

Ein Nationalökonom, der nicht erkennt, daß die betörenden Sirenentöne der Finanzspekulation nur den Zweck erfüllen, den Untergang eines morbid gewordenen Imperiums hinauszuzögern, mag sich die Theorien mathematischer makroökonomischer Modelle vielleicht angeeignet haben, aber die einfachen, grundlegenden ökonomischen Zusammenhänge hat er wahrscheinlich nie begriffen.

Weniger wäre da mehr gewesen. Diese Feststellung gilt eigentlich für alle Berufe, Bildungsstufen und Ausbildungen, ob sie akademisch sind oder nicht. Das deutsche Bildungssystem wurde systematisch kaputt reformiert. Qualität des Erkennens wurde durch Quantität des Wissens ersetzt, sogar an den Universitäten. Das pseudopädagogische Ziel „Spaß haben“ hat die Werte Fleiß, Ausdauer und Leistung verdrängt. Die ersten „Früchte“ dieser Umerziehung lassen sich heute schon erkennen, in allen Wissenschaften und allen Berufen.

In der Wirtschaft hat das globalkapitalistische System bewiesen, daß es die Renditen schier unendlich steigern kann – bis es daran selbst zerbricht. Es macht sich seine Krisen selbst. Aber es hat auch bewiesen, daß es bei der realen Güterversorgung versagt. Die größtmögliche Rendite wird nicht dort erreicht, wo die höchste Produktivität erzielt werden könnte.

Das freie Spiel der Märkte und das Gewinnstreben sind wichtige Größen eines effizienten Wirtschaftssystems. Sie sind so wichtig, daß sie nicht allein der Renditegier des internationalen Großkapitals überlassen werden dürfen. Die weltweit freien Kapital- und Finanzmärkte waren ein Segen für die Renditespekulanten, aber ein Fluch für die Volkswirtschaften, die den launisch wechselnden Kapitalströmen wehrlos ausgesetzt sind.

Souveräne Staaten mit souveränen Volkswirtschaften, die über die Instrumente einer autonomen Finanz-, Geld- und Währungspolitik verfügen, müssen wieder die Kontrolle über das Marktgeschehen übernehmen. Das muß nicht zu einem Zusammenbruch der internationalen Handelsströme führen. Im Gegenteil, dort, wo Handel und internationale Arbeitsteilung wirklich notwendig ist, unter Berücksichtigung von Umweltbelastungen und Opportunitätskosten, werden sie sogar noch ausgebaut werden müssen.

Für Politiker, die das Format zu echten Staatsmännern haben, ist viel zu tun in Deutschland. Grundlegende Reformen werden notwendig, um die Deformierungen aus einem halben Jahrhundert, die man ja auch Reformen nannte, wieder gut zu machen.

Das Wort Wiedergutmachung hat hier seine ureigenste Bedeutung.